

Offenheit bei der Planung für Porz

NEUE MITTE Politiker werben um Akzeptanz für demokratische Prozesse

Porz. Die Kritik des Bürgervereins „Bündnis Porz-Mitte“ an Einzelheiten der Planung und Umsetzung für die neue Porzer Mitte haben Bezirksvertreter kommentiert. Dieter Redlin von den Grünen betonte, in seinen Augen laufe die Planung in einem sehr offenen Verfahren. Zu den Grundprinzipien der parlamentarischen Demokratie gehörten aber bestimmte Abläufe, „an die habe nicht nur ich mich zu halten“.

Er wünscht sich, dass Menschen in verschiedenen Vereinigungen sich „einmal vorher bewusst werden, ob sie die Aufgaben-Zusammenhänge zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung beachten wollen“. Die Fraktionen in der Bezirksvertretung verweigerten kein Gespräch im Beirat.

Vertrauen in die Politik

Zum Dechant-Scheben-Haus sei es „mehr als verständlich, wenn wir als Politiker vor Ort keine Aussagen zu einem laufenden Verkaufsverfahren geben. Für die Preisgestaltung und ob und wie Verträge geschlossen werden, muss auch das Vertrauen in die Politik sein, es richtig zu machen“. Redlin begrüßt es, wenn Bürger versuchen, sich einzubringen – aber nicht mit dem Ziel, „gefundene Ergebnisse zu torpedieren um die Politik in Misskredit zu bringen“. Damit werde das Vertrauen in eine gemeinsame Politik der gemäßigten Kräfte erheblich gestört.

CDU-Fraktionschef Werner Marx verweist gleichfalls auf das sehr transparente Verfahren bei der Vorbereitung und Verwirklichung des für Porz so wichtigen Projektes. Er beteuert, in der Bezirksvertretung arbeiteten die Politiker mit viel Herzblut daran, für Porz gute Ergebnisse zu erzielen, selbst wenn die Kommunalverfassung ihnen nur wenig Entscheidungsmöglichkeiten biete. Die gewählten Volksvertreter nähmen die Anregungen von Bürgern sehr ernst und seien gesprächsbereit; in naher Zukunft habe er sich mit Bündnisvertretern verabredet.

Rollenverteilung

Simon Bujanowski, Fraktionsvorsitzender der SPD, wünscht sich ein Nachdenken über die Rollenverteilung von Parteien und Bürgervereinen. Während in der Öffentlichkeit zuweilen der Eindruck entstehe, politische Gremien handelten vorwiegend nach parteilichen Interessen, werde Bürgervereinen eher zugebilligt, die gesamte Bürgerschaft zu vertreten. Tatsächlich aber sprächen die gewählten Parteienvertreter in den Gremien für die vielen Wähler, während Bürgervereine – bei allen guten Absichten – oft für eine bestimmte Gruppe und häufig nur zu ausgewählten Themen aktiv würden.

Dem deutlichen Bedürfnis in der Bevölkerung, Wünsche durch Bürgervereine vertreten zu lassen, sollten Bujanowski zufolge die Parteien durch stetige Gesprächsbereitschaft – auch über neue Medien – Rechnung tragen. (bl)